

# Unmut über Abzug von Ortschaftsarbeitern

**Ortsausschuss:** Godelheimer Politiker kritisieren die Versetzung ihres Ortschaftsarbeiters in die Stadtgärtnerei. Der Einstellungsstopp im Baubetriebshof dürfe nicht auf Kosten der Ortschaften gehen

Von Katrin Schubert

■ **Godelheim.** Die Mitglieder des Godelheimer Ortsausschusses übten in ihrer jüngsten Sitzung scharfe Kritik am Abzug ihres Ortschaftsarbeiters Alexander Hoffmann. Dieser war im März infolge von Personallücken im Baubetriebshof in die Stadtgärtnerei versetzt worden, um Pflichtaufgaben im Bestattungswesen auszugleichen.

Der Rat der Stadt Höxter hatte im vergangenen Jahr beschlossen, eine Organisations- und Effizienzuntersuchung des Baubetriebshofes für alle Betriebsbereiche durchzuführen. Mit dem Beschluss ging auch

eine Wiederbesetzungssperre vakant werdender Stellen einher. Seit Beginn dieser Sperre sind sieben Mitarbeiter aus dem Baubetriebshof ausgeschieden. „Die Personallücken bedeuten, dass die Arbeit anders zu organisieren und zu verteilen ist“, heißt es in einer Stellungnahme von Klaus Missing, dem Fachbereichsleiter des Baubetriebshofs. Durch die Versetzung Hoffmanns in die Stadtgärtnerei Höxter stehen dem Südpool – dieser umfasst die Ortschaften Godelheim, Bruchhausen und Ottbergen – jetzt nur noch zwei statt bisher drei Ortschaftsmitarbeiter zur Verfügung. Auch die anderen drei Poole

mit ihren jeweils drei Ortschaften sind seit Anfang des Monats vom Personalabbau betroffen. In der Stellungnahme von Klaus Missing heißt es: „Es wird versucht, die anfallenden Arbeiten mit den jeweils zwei verbleibenden Kräften zu erledigen. Das wird zwangsläufig zu niedrigeren Standards und Ausfall bestimmter Tätigkeiten führen“.

Der Vorsitzende des Godelheimer Ortsausschusses, Hans-Josef Held (SPD), bezeichnete die Versetzung Hoffmanns als „Fehlentscheidung“. Zwar sei es richtig, dass es einen Einstellungsstopp im Baubetriebshof gebe, dieser dürfe jedoch nicht auf Kosten

der Ortschaften gehen. „Dass ein Drittel der Arbeitskapazität in den Ortschaften wegfällt, steht in keinem Verhältnis“, betonte er. Es sei nicht richtig, dass der Abbau des Personals voll zulasten der Ortschaften gehe.

Auch Arnold Schlüter von der BfH kritisierte die Vorgehensweise der Stadt. Er sagte: „Den Ortschaften werden Nachteile aufgebürdet, weil hier noch Eigeninitiative vorhanden ist.“ Es sei außerdem „völlig inakzeptabel, dass die Ratsherren der Ortschaften sich so etwas gefallen lassen“.

Diesen Vorwurf wies Ratsmitglied Franz Büker (CDU) jedoch zurück. „Wir müssen

erst einmal den Bericht abwarten, bevor wir entscheiden, wie wir uns verhalten sollen“, sagte er.

Eine Wiederbesetzung der Stellen in den vier Pools nach Abschluss der Untersuchung am 13. Juni ist allerdings nicht zu erwarten. In der Stellungnahme heißt es nämlich auch, dass es „eher unwahrscheinlich“ ist, dass „den Ortschaften oder Gruppen von Ortschaften wieder eigene Mitarbeiter zugewiesen werden“.

Die Stadt Höxter ist die einzige Kommune in NRW, die die Arbeiten dezentral durchführt. Ein Konzept für eine neue Organisationsform liegt derzeit noch nicht vor.